

**«Die Teilrevision des Betäubungsmittelgesetzes bringen wir bis zum Sommer 2007 unter Dach und Fach»**

---

**Gespräch mit Jacqueline Fehr, Nationalrätin der SP Schweiz und Präsidentin der «Nationalen Arbeitsgemeinschaft für Suchtpolitik» (NAS), über den Stand der Sucht- und Drogenpolitik in der Schweiz**



**Hermann Fahrenkrug:** Jacqueline Fehr, darf ich Sie zu Beginn um eine Vorstellung Ihrer Person und Tätigkeiten bitten.

**Jacqueline Fehr:** In meiner jetzigen Tätigkeit bin ich beinahe Berufspolitikerin. Ich vertrete die sozialdemokratische Partei im Nationalrat und zwar im Wahlkreis Zürich. Die Drogen- und Suchtpolitik ist einer der Schwerpunkte meiner politischen Arbeit. Als Präsidentin der «Nationalen Arbeitsgemeinschaft für Suchtpolitik» (NAS) und Mitglied der Nationalratskommission für Gesundheit und soziale Sicherheit bin ich stark in die Revision des Betäubungsmittelgesetzes involviert. Beruflich war ich ursprünglich Sekundarschullehrerin und habe dann noch ein Zweitstudium in Politologie und Psychologie gemacht, das ich allerdings aus familiären Gründen nicht abgeschlossen habe.

**Hermann Fahrenkrug:** Wie ist Ihr Interesse für Drogen- und Suchtpolitik entstanden?

**Jacqueline Fehr:** Einmal aus der allgemeinen Beobachtung heraus. Ich habe realisiert, dass Drogenprobleme unsere Gesellschaft stark beschäftigen und dass sehr unterschiedliche Vorstellungen über den Umgang mit diesen Schwierigkeiten bestehen. Zum anderen auch aus der persönlichen Erfahrung heraus, als ich damals Schule gab in Zürich und den nahen Kontakt meiner Schüler und Schülerinnen mit der damaligen Drogenszene in der Stadt erlebte. Und drittens gibt es mein politisches Interesse. Hier steht die Revision des Betäubungsmittelgesetzes (BetmG) im Vordergrund, bei der ich mich für eine substanzunabhängige Drogen- und Suchtpolitik einsetze, die die effektiven Risiken ins Auge fasst und nicht einer Ideologie folgt.

**Hermann Fahrenkrug:** Sie sprechen immer von Drogen- und Suchtpolitik. Was verstehen Sie darunter? Ist das dasselbe?

**Jacqueline Fehr:** Ich rede über beides. Die methodischen Grundlagen liegen bei mir in der Suchtpolitik. Die Drogenpolitik ist ein spezifisches Feld der

Suchtpolitik, die aufgrund verschiedener Faktoren wie Markt, Ökonomie, gesellschaftliche Aufmerksamkeit etc. in einem speziellen Licht steht. Wenn man Drogenpolitik macht, muss man immer wieder zurück zu den Grundsätzen der Suchtpolitik. Ich verstehe mich also als Suchtpolitikerin.

**Hermann Fahrenkrug:** Kommen wir nun zum eigentlichen Thema unseres Gesprächs: dem heutigen Stand der Sucht- bzw. Drogenpolitik in der Schweiz. Viele haben da etwas den Überblick verloren. Beginnen könnte man mit einem kurzen Rückblick. Was ist aus Ihrer Sicht auf diesem Felde in den letzten 10 bis 15 Jahren geschehen?

**Jacqueline Fehr:** Das schweizerischen Betäubungsmittelgesetz ist aus den 50er Jahren und damit sehr alt. In jener Zeit gab es beispielsweise den Suchtstoff Heroin nicht in Westeuropa. Nebst den Substanzen waren auch gewisse Konsumformen noch unbekannt. Damit wird klar, dass das aktuelle, alte Betäubungsmittelgesetz heute nicht mehr taugt. Als sich in den Städten zu Beginn der 90er Jahre massive Drogen- und Suchtprobleme entwickelten, haben die PolitikerInnen versucht, diese mit konkreten Massnahmen in den Griff zu bekommen. Aus diesen pragmatischen Ansätzen und Problemlösungen ist in den letzten 10 bis 15 Jahren die so genannte «Viersäulen-Politik» zur Bewältigung der Drogen- und Suchtprobleme entstanden.

Was jetzt ansteht, ist die Verankerung dieser Politik auf Gesetzesstufe, also eine Anerkennung auf gesamtschweizerischer Ebene, natürlich immer unter Berücksichtigung der jeweiligen Zuständigkeiten von Kantonen und Gemeinden.

Dieser Prozess ist sehr typisch: Im konkreten Alltag werden Lösungen entwickelt, die dann mit einer Verzögerung ihren Niederschlag in der Politik finden. Wir sind also – kurz gesagt – politisch daran, die pragmatischen Leistungen der Hilfe für Drogenabhängige der letzten 10 Jahre gesetzlich zu verankern.

**Hermann Fahrenkrug:** Worin bestehen diese Leistungen im Suchtbereich, die nun gesetzlich festgeschrieben werden sollen?

**Jacqueline Fehr:** Vor allen hat man realisiert, dass es ein ganzes Massnahmenpaket braucht und man wegkommen muss von simplen, eindimensionalen Lösungen. Da gab es zu viele, die glaubten durch «Verbieten» oder «Erlauben» zum Ziel zu gelangen. Weiterhin ist die Einsicht ganz wesentlich, dass es sich bei Suchtproblemen um Krankheiten handelt, die behandelt werden müssen. Sehr wichtig ist zudem die Interdisziplinarität. Die Zusammenarbeit zwischen den verschiedensten Gruppierungen auf diesem Felde wie Suchtmedizin, Polizei und Justiz, Sozialarbeit etc. ist eine echte Leistung. Die vielleicht aber wichtigste Leistung der neueren Drogenpolitik ist aber, dass mit neuen und verschiedenartigen Therapieformen und Überlebenshilfangeboten sehr viele Menschenleben gerettet und viele Krankheiten gelindert werden konnten. Aber natürlich sind nie alle Probleme gelöst. Die Suche nach neuen und besseren Lösungen geht stetig weiter.

**Hermann Fahrenkrug:** Bitte werfen Sie noch kurz einen Blick zurück auf das Scheitern der doch anfangs politisch recht gut eingefädelt Revision des BtmG durch das Nichteintreten des Nationalrates. Woran ist die Revision Ihrer Ansicht nach trotz des ursprünglich existierenden breiten drogenpolitischen Konsens gescheitert?

**Jacqueline Fehr:** Sie ist an der Cannabisfrage gescheitert. Cannabis war so etwas wie ein Symbol der beabsichtigten Drogenpolitik geworden. Der Vor-

schlag der Entkriminalisierung des Konsums von Drogenhanf war für viele eine Verharmlosung der Drogen allgemein. Diskutiert wurde über Cannabis, gemeint war aber die grundsätzliche Haltung zur Drogenpolitik. Die klar positionierten Lager auf beiden Seiten prallten hart aufeinander. Die Gruppierung in der Mitte, die eigentlich immer auf die Gefährlichkeit des Umgangs mit Cannabis hingewiesen und entsprechende Massnahmen gefordert hatte, wurde in dieser Auseinandersetzung immer schwächer.

Aus der Lektüre der Diskussionsprotokolle kann man ersehen, dass im Parlament fast ausschliesslich über die Cannabisfrage debattiert worden ist. Alle anderen Aspekte in diesem Gesetz, zum Beispiel die Verankerung der Viersäulenpolitik, traten dabei völlig in den Hintergrund. Damit wurde die historische Chance für ein zeitgemässes Betäubungsmittelgesetz vertan.

**Hermann Fahrenkrug:** Warum ist es so wichtig, die Viersäulenpolitik zu verankern, die doch eigentlich nur recht inhaltsleer postuliert, dass die vier Bereiche Therapie, Prävention, Schadensminderung und Repression bei der Drogen- oder Suchtpolitik beachtet werden müssen?

**Jacqueline Fehr:** Zum einen, weil das eben im Moment nur eine politische Errungenschaft ist, die nicht in Stein gemeisselt ist und erst mit der gesetzlichen Verankerung faktisch Gewicht erhält. Sonst ist diese Politik der Gefahr ausgesetzt, dass aufgrund veränderter politischer Mehrheitsverhältnisse alles wieder in Frage gestellt wird.

Wir müssen zweitens Klarheit schaffen und die Pilotphasen-Politik überwinden. Die Fachleute müssen wissen, was gilt und das Verhältnis zwischen Bund und Kantonen sowie zwischen den vielen anderen Akteuren muss bereinigt werden.

Sie haben teilweise Recht, wenn Sie dem Gesetz Inhaltsleere vorwerfen. Das Betäubungsmittelgesetz setzt nur einen Rahmen und zeigt auf, welche Möglichkeiten bestehen. Ob und wie diese dann genutzt werden, das heisst, wie das Gesetz konkret angewendet wird, wissen wir noch nicht. Das ist aber generell so bei Gesetzen. Trotzdem sollten wir nicht zu pessimistisch sein. Ein Beispiel ist die Prävention. Hier wird den Kantonen klar vorgeschrieben, dass sie aktiv werden müssen. Gleiches gilt für die Schadensminderung. Dort wird die heroingestützte Therapie verankert etc. Das Gesetz geht zwar nicht so weit, wie ich das gerne hätte. Aber es ist doch ein klarer Schritt nach vorn. Es ist ganz klar, dass mit dieser Revision jene Drogenpolitik verankert werden soll, die zur Lösung der Problematik um Platzspitz und Letten herum entwickelt worden ist.

**Hermann Fahrenkrug:** Und nun wird es nur eine Teilrevision des BetmG, bei der ein paar nicht unwesentliche Teile des Originalpaketes «abgekoppelt» worden sind. Können Sie darauf noch einmal eingehen. Was wird da zurückgelassen und welcher Preis wurde gezahlt, um aus der gescheiterten «Vollrevision» eine politisch mögliche «Teilrevision» werden zu lassen?

**Jacqueline Fehr:** Gescheitert ist das Originalprojekt am Cannabis, alles andere im Gesetzesentwurf war politisch mehrheitsfähig. Deshalb war es möglich, dass man unmittelbar nach dem Nichteintreten in die Debatte im Nationalrat in einem überparteilichen Prozess mit SP, Grünen, CVP und FDP begann, den Scherbenhaufen zusammenzukehren. Man einigte sich, dass in einem ersten Schritt die mehrheitsfähigen Punkte in einer Teilrevision des Betäubungsmittelgesetzes aufgenommen werden sollten. Die geplante Neuregelung beim Cannabis soll erst im Zusammenhang mit der Hanfinitiative gesucht werden. Dieses Zurückstellen der Cannabisfrage ist der politische

Preis gegenüber dem Originalprojekt, der nach dem ersten Scheitern bezahlt werden musste. Damit bleibt ein zentrales Problem der schweizerischen Drogenpolitik, nämlich die Frage, wie wir es mit dem Cannabis halten, vorderhand auf der Strecke. Im Bereich Cannabis ist die Ausgangslage nicht sehr gut. Noch zeichnet sich keine Lösung ab. Das ist für beide Seiten, die der Befürworter und der Gegner einer Entkriminalisierung des Cannabiskonsums unbefriedigend; es herrscht eine Art resigniertes Akzeptieren eines unhaltbaren Zustandes.

**Hermann Fahrenkrug:** Man hört, die Gegner einer liberaleren Drogenpolitik haben es bei den Beratungen in der Nationalratskommission sogar fertig gebracht, eine Art «Abstinenzziel» der vorgesehenen Gesetzesbestimmungen in den Gesetzesentwurf zu schreiben. Wie ist das in diesem Zusammenhang einzuschätzen, als Preisanstieg?

**Jacqueline Fehr:** Das Zentrale für mich ist, dass das künftige BetmG vom Begriff der «suchtbedingten Störungen» ausgeht, also einen substanzübergreifenden Ansatz wählt. Damit werden die effektiven Risiken des Drogengebrauchs ins Zentrum gestellt. Die Einfügung des Abstinenzziels ist ein Ärgernis, zeigt uns aber gleichzeitig, wie instabil die Mehrheitsverhältnisse in der Kommission und im Parlament sind und wie sehr die politische Mitte Mühe hat, eine realitätsnahe und fachlich gestützte Diskussion über diese Problematik zu führen. Taucht das Zauberwort «Abstinenz» in den Beratungen auf, dann kippen eben reihenweise Leute um, die vorher bereit waren, einen gemeinsamen Weg zu gehen. Meiner Ansicht nach hat es in der jetzigen Formulierung auf die konkrete Arbeit im Suchtbereich keinen Einfluss. Das ist für mich ein Placebo-Artikel in diesem Gesetzesentwurf. Zudem sind wir erst im Erstrat. Vielleicht kippt ja der Ständerat die Formulierung wieder raus.

**Hermann Fahrenkrug:** Es war schon vom Umrangieren der Cannabisfrage auf das Gleis der Hanfinitiative die Rede. Wollen die Initianten mit ihrem Beharren auf eine liberalere Cannabisregulierung nicht eigentlich das Richtige, aber auf dem falschen Wege?

**Jacqueline Fehr:** Die Hanfinitiative verfolgt nach wie vor die richtige Cannabispolitik. Indem sie den Konsum entkriminalisieren will, macht sie den Weg für eine vernünftige Cannabispolitik frei. Die Entkriminalisierung ist die zwingende Voraussetzung für wirksame Prävention, oder um niederschwellige Therapieangebote anbieten zu können. Die Hanfinitiative hat den Nachteil, dass sie aus staatsrechtlichen Gründen (wir haben nur eine Verfassungs- aber keine Gesetzesinitiative) das, was eigentlich ins Gesetz gehört, in die Verfassung schreiben will. Auch stellt sich aktuell die Frage, ob in der Bevölkerung der politische Wille, eine neue Lösung zu finden, stark genug ist, um das resignierte Arrangement mit der heutigen unbefriedigenden Situation zu überwinden.

**Hermann Fahrenkrug:** Verschiebt nicht die rasche Verabschiedung der Teilrevision die gewünschte Regelung der Cannabisfragen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag? Auf eine weitere Revision der Teilrevision des BetmG in absehbarer Zeit zu hoffen, ist doch kaum realistisch.

**Jacqueline Fehr:** Das ist alles nicht auszuschliessen. Die Dinge können sich sehr rasch entwickeln. Wir sehen das an der Problematik des Passivrauchens. Was vor gar nicht langer Zeit noch unmöglich gewesen wäre, hat sich innerhalb von wenigen Jahren politisch durchgesetzt. Oder betrachten wir den exzessiven Alkoholkonsum in gewissen Jugendkreisen. Es wird nicht mehr

lange dauern, bis er als ernst zu nehmendes Problem anerkannt werden wird. Wohl spätestens bei der Fussballeuropameisterschaft 08 wird das der Fall sein. Alles das mag helfen, die Cannabisfrage suchtpolitisch wieder dort hinzubefördern, wo sie hingehört: Cannabis ist wie viele andere Substanzen ein Stoff, der sowohl risikoarm als auch abhängig konsumiert werden kann. Dies muss ein modernes Betäubungsmittelgesetz berücksichtigen.

**Hermann Fahrenkrug:** Das erinnert an die berechtigte Frage, die Sie einmal gestellt haben: Warum kann denn der «Feierabend-Joint» politisch nicht akzeptiert werden?

**Jacqueline Fehr:** Eine berechtigte Frage. Vielleicht schafft der Bericht der Eidgenössischen Drogenkommission psychoaktiv.ch eine neue Chance. Dort wird aufgezeigt, wie wichtig es ist, die verschiedenen Konsumformen zu unterscheiden. Es gibt eben risikoarmen, problematischen und abhängigen Substanzgebrauch. Es ist damit ein Unterschied, ob ich ein Glas Wein zum Nachtessen trinke oder Alkoholikerin bin. Das gilt für mich auch für das Rauchen eines Feierabend-Joints und das abhängige Dauerkiffen. Vielleicht kann mit derartigem Wissen die Haltung der Politik verändert werden.

**Hermann Fahrenkrug:** Wenn wir hier einmal eine Klammer aufmachen und zwischendurch den Unterschied zwischen Fachlogik und politischer Logik bei diesen Fragen ansprechen, die Sie gerade erwähnen. Lässt sich diese oft enorme Diskrepanz irgendwie überbrücken?

**Jacqueline Fehr:** Grundsätzlich kann die Politik jegliche fachliche Erkenntnisse – und das nicht nur im Suchtbereich – völlig ignorieren. Man kann losgelöst von allen wissenschaftlichen Erkenntnissen Politik machen. Das geschieht ja nicht selten. Politik wird durch andere Imperative gesteuert und die Fachwelt muss, wenn sie Gehör finden will, sehr verständlich und auch hartnäckig auftreten.

**Hermann Fahrenkrug:** Welche anderen Imperative sind das in der Drogen- und Suchtpolitik?

**Jacqueline Fehr:** Zum Beispiel die Sichtbarkeit eines Problems und die mediale Aufmerksamkeit. Auch die eigene Betroffenheit spielt eine Rolle. Oder die Frage, ob eigene Familienangehörige, insbesondere Kinder betroffen sein könnten. Auch die eigenen Suchttendenzen, denen man sich stellen muss bei solchen Diskussionen, sind wichtig. Nicht zu vergessen die Ideologien, die mitschwingen, und die Menschenbilder, nach denen man sich orientiert. Da gibt es diejenigen, denen es egal ist, wenn sich jemand zu Tode säuft, weil sich ihrer Ansicht nach der Staat und damit das Gesetz nicht ins persönliche Leben einmischen sollen. Am anderen Ende der Skala steht die paternalistische Haltung, also jene Haltung, welche die Menschen quasi entmündigend an die Hand nehmen will. Irgendwo dazwischen liegt die aufgeklärte Position, die dem Menschen die Selbstverantwortung zutraut und ihn gleichwohl in Not unterstützt. Diese drei Haltungen zeigen sich in der Suchtpolitik sehr deutlich. Und das macht Suchtpolitik spannend.

**Hermann Fahrenkrug:** Drogen- und Suchtpolitik ist immer auch Gesellschaftspolitik?

**Jacqueline Fehr:** Ja, sicher. Suchtpolitik reagiert wie ein Seismograf auf gesellschaftliche Veränderungen. Meiner Ansicht wird der neoliberale Trend des Sich-Nicht-Kümmerns heute zurückgedrängt. Stattdessen haben wir einen Neokonservatismus mit stark paternalistischen Zügen. Der nimmt die Jugend fast nur noch als problematisch wahr und traut ihr kaum mehr etwas zu. Ganz

oft werden auch andere Themen wie Sicherheit und Immigration mit Drogenthemen vermischt. Gerade deshalb müssen wir die Viersäulenpolitik ganz dringend per Gesetz absichern, denn wir wissen nicht, wie sich dieses Infrastrukturrecht von Werten der Aufklärung entwickelt.

**Hermann Fahrenkrug:** Kommen wir noch mal auf die Teilrevision des BtmG zurück. Wie stehen die Chancen, dass es jetzt tatsächlich in absehbarer Zeit zu einer Verabschiedung des Gesetzes kommen wird?

**Jacqueline Fehr:** Die Teilrevision verankert die Viersäulenpolitik, sie stärkt den Jugendschutz und führt eine minimale Regelung für die medizinische Anwendung von Cannabis ein. Damit gebe ich der Teilrevision politisch gute Chancen. Ich bin überzeugt, dass wir sie noch vor den nächsten Wahlen im Herbst 2007 unter Dach und Fach haben werden.

Die Lösung für die Cannabisfrage ist viel weiter entfernt und auch wesentlich unsicherer. Vielleicht führt der Weg über eine Verknüpfung mit der Diskussion über das Passivrauchen oder den exzessiven Alkoholkonsum. Die Volksabstimmung zur Hanfinitiative wird von den möglichen Fristen her irgendwann 2008 bzw. 2009 sein. Ich frage mich, ob wir diesen Zwischenschritt noch brauchen oder ob wir die Problematik jetzt schon angehen können, indem wir das Cannabis in einen grösseren substanzübergreifenden Kontext stellen.

**Hermann Fahrenkrug:** Wie soll man sich das vorstellen? Cannabis ist bis auf weiteres und doch wohl auch in Zukunft per Gesetz ein verbotenes Betäubungsmittel. Wie soll da «substanzübergreifend» gesetzlich reglementiert werden?

**Jacqueline Fehr:** Technisch ist es vorstellbar, indem man das Cannabisrauchen näher an das Tabakrauchen bringt. Da könnte man ein Gesetz machen zum Schutz vor den negativen Auswirkungen des Rauchens allgemein, das die Gefährlichkeit aller Substanzen mit dem Nichtraucherenschutz verbindet. Das würde natürlich eine Änderung des BtmG bedeuten und die Frage aufwerfen, wohin das Cannabis gesetzlich gehört. Gehört es nicht eigentlich eher zum Bereich «Rauchen» als zum Bereich «verbotene Substanzen»?

**Hermann Fahrenkrug:** Das erinnert an den Versuch aus dem alten Revisionsversuch, eine verbotene Substanz zu besteuern; also Verbotenes doch irgendwie salonfähig zu machen. Da tauchten sofort grosse Bedenken auf.

**Jacqueline Fehr:** Ja, im Grunde sind beim Umgang mit Substanzen zwei Zugänge denkbar: Entweder man sagt, ein Stoff ist grundsätzlich erlaubt, aber im Einzelnen verboten, beispielsweise für Jugendliche unter 16 Jahren oder im Umfeld von Schulen etc. Oder man regelt das umgekehrt, also die Substanz ist grundsätzlich verboten, aber für Erwachsene an privaten Orten erlaubt. Eine solche differenzierte Regelung macht aber nur Sinn, wenn man dann auch bereit ist, das Gesetz durchzusetzen. Dies müsste dann wiederum «jugendgerecht» geschehen. Die Sanktionen dürfen nicht schlimmere Konsequenzen haben als die möglichen Folgen des ursprünglichen Substanzkonsums. Damit stellt sich eine wichtige Frage: Welches sind eigentlich sinnvolle und jugendgerechte Sanktionen?

**Hermann Fahrenkrug:** Das sind interessante Gedankenspiele, haben die politisch eine Chance auf Realisierung?

**Jacqueline Fehr:** Vielleicht. Wir wurden politisch schon häufig von chancenreichen Phasen überrascht. Plötzlich wurde beispielsweise die Anerkennung homosexueller Paare möglich. Das hätte man sich vor wenigen Jahren noch

nicht einmal träumen lassen. Vielleicht öffnen sich auch im Suchtbereich solche Zeitfenster. Eine Möglichkeit besteht dann, wenn man demnächst die eigentliche Gefährdung durch den exzessiven Alkoholkonsum anerkennt und damit einsieht, dass nicht in erster Linie die Substanz geregelt werden muss, sondern dass von den effektiven Risiken ausgegangen werden muss. Dabei könnte es dann auch zu substanzübergreifenden Gesetzesvorhaben kommen.

**Hermann Fahrenkrug:** Frau Fehr, last but not least, möchte unsere Zeitschrift Ihnen natürlich zur gerade erfolgten Wiederwahl als Präsidentin der Nationalen Arbeitsgemeinschaft für Suchtpolitik (NAS) gratulieren. Würden Sie uns noch ein paar Worte zu Ihrem Engagement dort sagen? Wie wichtig ist dieser Zusammenschluss von über 30 Organisationen aus dem Suchtbereich für Ihre praktische politische Tätigkeit?

**Jacqueline Fehr:** Ich bin jetzt seit zwei Jahren bei der NAS und inzwischen ist dieses Netzwerk zu einer wichtigen fachlichen und politischen Plattform für mich geworden. In derartig komplexen politischen Prozessen, wie wir sie hier erörtert haben, ist es unabdingbar, dass es solche Organisationen wie die NAS gibt, die als Drehscheibe und Kommunikationsraum fungieren. Da kommen Leute zusammen, die grundsätzlich gleiche Interessen, wenn auch oft unterschiedliche Positionen haben, die aber durch die NAS im Dialog bleiben. Die Mischung in der NAS aus fachlichem und politischem Wissen ist eine Voraussetzung dafür, auf dem Felde der Drogen- und Suchtpolitik überhaupt voranzukommen. Die NAS leistet diese Aufgabe in einem ganz hohen Masse. Ich persönlich nähere meine politische Arbeit sehr stark aus der NAS. Aus den Diskussionen entnehme ich, dass die Mitglieder dort auch das finden, was sie suchen, nämlich diese Drehscheibe, in der die Möglichkeit zum Austausch besteht, man sich spiegeln kann und dabei die eigenen, fachlich vielleicht etwas zu engen Positionen infrage stellen kann?

**Hermann Fahrenkrug:** Inwieweit ist die NAS eine wirksame Lobbying-Einrichtung in der praktischen Politik?

**Jacqueline Fehr:** Die NAS ist im Moment eine wichtige Ideengeberin für die politische Diskussion. Was sie als Lobbyorganisation taugt, das sehen wir dann bei der Teilrevision und bei weiteren schwierigeren Projekten in der Zukunft. Da wird sich zeigen, ob sie als Ganzes funktioniert und auch politisch etwas durchsetzen kann. Die NAS ist im Moment für mich noch dabei, eigene gemeinsame Positionen aufzubauen.

**Hermann Fahrenkrug:** Das wirft sofort wieder die Frage auf, inwieweit sich Politiker und Politikerinnen eigentlich von Fachmeinungen beeinflussen lassen? Diese wiegen letztlich im Entscheidungsprozess nicht viel, oder?

**Jacqueline Fehr:** Ja und Nein. Wenn jemand bereits von einer Haltung sehr überzeugt ist, dann kann auch eine noch so gut funktionierende NAS nichts mehr ausrichten. Bei offeneren Konstellationen, wo die Meinungen noch nicht klar sind, hat die NAS durchaus etwas beizutragen. Sie kann aufzeigen, was Politik im besten Fall tun könnte: durch einen engen Dialog zwischen Gesellschaft und Fachwelt tragfähige Lösungen für dringende soziale Probleme zu finden.

**Hermann Fahrenkrug:** Sie kennen vermutlich den Film «Mais im Bundeshaus», wo es um das politische Aushandeln eines Gesetzes zur Gentechnologie geht. Liesse sich das da Vorgeführte auch auf die Thematik «Drogen und Sucht im Bundeshaus» übertragen? Wie sähe das Skript dazu aus? Wer sind die Hinterbühnenakteure in der Drogen- und Sucht-

politik? Wer übt da welchen Druck auf die Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus?

**Jacqueline Fehr:** Übertragbar scheint mir das schon, aber ich denke die beiden exponierten politischen Flügel in der Drogen- und Suchtpolitik sind davon weniger betroffen als die Mitteparteien. Beeinflussbar sind die Politikerinnen und Politiker durchaus. Wenn man es positiv sehen will, kann man auch sagen: Es gibt sehr viele Politikerinnen und Politiker, die ihre Positionen regelmässig hinterfragen und durchaus bereit sind, sich auch auf neue Erkenntnisse einzulassen.

**Hermann Fahrenkrug:** Das ist ja beruhigend. Nun erfolgt natürlich zum krönenden Abschluss dieses Gesprächs die berühmte Frage: Frau Fehr, haben Sie schon mal...?

**Jacqueline Fehr:** Nein, ich habe – warum auch immer – mein ganzes bisheriges Leben als totale Nichtraucherin verbracht und deshalb auch nie gekiff. Ich habe meine anderen Genüsse.

**Hermann Fahrenkrug:** Vielen Dank für dieses Gespräch.

**Korrespondenzadresse**

Jacqueline Fehr, Ackeretstr. 19, 8400 Winterthur, E-Mail: mail@jfehr.ch